

(Jan. 92)

Keine Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern!

Uneingeschränkte Gewährung des Asylrechts!

Bundesregierung und Länderregierungen bearbeiten momentan eine Reihe von Gesetzen und Ausführungsbestimmungen im Bereich des Ausländer- und Asylrechts, die angeblich die Zahl der Flüchtlinge begrenzen, die Asylverfahren beschleunigen und die schnelle und reibungslose Abschiebung ermöglichen sollen. Zu diesen Plänen gehört die Kasernierung der Asylsuchenden in großen Lagern, was von den baden-württembergischen Behörden in Offenburg, Kehl und Freiburg bereits verwirklicht wird.

Die GEW lehnt dieses Vorgehen als menschenrechtsverletzend und menschenverachtend ab:

- Sammellager laden geradezu zu gewalttätigen Übergriffen ein.
- Sammellager behindern den Kontakt zwischen Flüchtlingen und Inländern *Innen*.

Dies wird sich besonders auswirken auf die Arbeit der Asyl-Freundeskreise, die in vielen Gemeinden existieren; ohne deren Hilfe, die sich auf die unterschiedlichsten Bereiche von der Rechtsberatung bis zur Begleitung zum Arztbesuch erstreckt, ist die Asylanerkennung fast unmöglich, und die Probleme der Integration der Flüchtlinge werden anwachsen.

Die GEW fordert die Verantwortlichen auf, Gettobildung zu vermeiden und auf Sammellager zu verzichten!

Bund, Länder und Gemeinden müssen dafür sorgen, daß menschenwürdiger Wohnraum zur Verfügung steht.

Die GEW bittet alle Kolleginnen und Kollegen, in den Schulen und Kindergärten ihre integrative Arbeit mit Flüchtlingskindern verstärkt forzusetzen.